

3.2. Glossar

In diesem Glossar werden juristische und andere Fachbegriffe, die im Kontext der Rechtshilfe vorkommen, kurz und knapp erläutert. Die Erläuterungen sind bewusst vereinfacht: Sie bilden komplexe Begriffe nicht in ihrer gesamten Tiefe ab, sondern machen sie zugänglich. Ziel ist es, Orientierung zu bieten und das Verständnis zu erleichtern.

A–C

Ablehnungsbescheid

Entscheidung der Verwaltung, mit der ein Antrag abgelehnt wird

Verwandte Begriffe:

Auflage / belastender Verwaltungsakt / Kostenbescheid / Kürzungsbescheid / Verwaltungsakt / Zuweisungsbescheid

Abschließender Katalog

Aufzählung von Fällen in einem Gesetz, die keine weiteren, nicht genannten Fälle zulässt

Abwägung (im Einzelfall)

Entscheidung zwischen verschiedenen, widerstreitenden Interessen anhand der jeweiligen Umstände

Abwägungsspielraum

Spielraum bei behördlichen Entscheidungen

Verwandte Begriffe:

Ermessen / Ermessensspielraum / pflichtgemäßes Ermessen

Adhäsionsverfahren

Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche direkt im Strafprozess

Änderungskündigung

Kündigung mit dem gleichzeitigen Angebot, das Arbeitsverhältnis zu geänderten Bedingungen fortzusetzen

Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)

Grundrecht, grundsätzlich selbst zu entscheiden, was man tut oder lässt

Allgemeiner Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)

Grundsatz, der dem Staat verbietet, wesentlich Gleiches ohne sachlichen Grund ungleich zu behandeln (Art. 3 Abs. 1 GG)

Verwandte Begriffe:

Art. 3 GG / willkürliche Ungleichbehandlung

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Gesetz, das Benachteiligungen aus Gründen wie Herkunft, Geschlecht, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Identität verbietet

Allgemeines Persönlichkeitsrecht

Grundrecht, das die private Lebensgestaltung und persönliche Entfaltung vor unberechtigten Eingriffen schützt (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG)

Amtsgericht (AG)

Gericht der ersten Instanz, das über Verfahren im Zivil- und Strafrecht in einem Bundesland entscheidet

Amtswalter*in

Person, die für eine Behörde oder einen Hoheitsträger Aufgaben wahrnimmt

Anerkannte Schutzberechtigte

Personen, denen im Asylverfahren die Flüchtlingseigenschaft oder subsidiärer Schutz zuerkannt wurde

Anfechtung (eines Vertrages)

Erklärung, mit der ein Vertrag rückwirkend beseitigt werden soll, etwa aufgrund eines Irrtums oder einer Täuschung

Anfechtungsklage

Klage vor dem Verwaltungsgericht zur Aufhebung eines belastenden Verwaltungsakts

Verwandte Begriffe:

belastender Verwaltungsakt / Hauptsache / isolierte Anfechtungsklage

Angemessenheit (angemessen)

Maßstab dafür, ob eine Maßnahme in einem angemessenen Verhältnis zu ihrem Zweck steht

Anhörung

Möglichkeit für Betroffene, sich vor Erlass eines belastenden Verwaltungsakts hierzu zu äußern (§ 28 VwVfG)

Verwandte Begriffe:

Gehör / rechtliches Gehör / Verwaltungsverfahrensanhörung

Anklageschrift

Schriftliche Form der Anklage durch die Staatsanwaltschaft beim Gericht

Anspruch (Verwaltungsrecht)

Recht, von einer Behörde ein bestimmtes Tun, Dulden oder Unterlassen verlangen zu können

Anspruch (Zivilrecht)

Recht, von einer anderen Person ein bestimmtes Tun oder Unterlassen verlangen zu können

Anspruchseinbürgerung

Gebundener Rechtsanspruch auf Einbürgerung bei Vorliegen aller gesetzlichen Voraussetzungen (§ 10 StAG)

Verwandte Begriffe:

Assimilationskriterium / Einbürgerungsanspruch / gebundene Einbürgerung

Anstiftung

Bewusste Bestimmung einer anderen Person zu einer vorsätzlichen rechtswidrigen Tat

Antrag nach § 123 VwGO

Eilantrag, mit dem vorläufig etwas erreicht oder ein Zustand gesichert werden soll, bevor die Hauptsache entschieden wird

Verwandte Begriffe:

Eilantrag / Eilrechtsschutz / Eilverfahren / einstweilige Anordnung / einstweiliger Rechtsschutz / vorläufiger Rechtsschutz

Antrag nach § 47 VwGO

Das Oberverwaltungsgericht prüft untergesetzliche Vorschriften (bspw. Satzungen, Bebauungspläne) auf ihre Rechtmäßigkeit

Verwandte Begriffe:

Normenkontrollverfahren

Antragsberechtigung

Berechtigung einer Person, den fraglichen Antrag stellen zu dürfen

Anwaltszwang

Gesetzliche Verpflichtung, sich im Gerichtsverfahren durch eine*n Rechtsanwält*in vertreten zu lassen

Arbeitspflicht

Verpflichtung von Asylsuchenden zu gemeinnütziger Arbeit (§ 5 AsylbLG)

Verwandte Begriffe:

Zwangsarbeit

Assimilationskriterium

Frühere Zusatzanforderung im Aufenthaltsrecht, die verlangte, sich „in deutsche Lebensverhältnisse einzuordnen“

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Gesetz zur Regelung der Leistungen für Asylbewerber*innen und Geduldete

Asylgesetz (AsylG)

Gesetz, das den Ablauf des Asylverfahrens und die Voraussetzungen für die Anerkennung als asylberechtigte oder geflüchtete Person regelt

Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

Gesetz, das regelt, unter welchen Voraussetzungen ausländische Personen nach Deutschland einreisen und sich hier aufhalten dürfen

Aufenthaltstitel

Rechtmäßiger Status des Aufenthalts (z. B. Niederlassungserlaubnis, Aufenthaltserlaubnis)

Verwandte Begriffe:

Aufenthaltsberechtigung / Aufenthaltserlaubnis / Niederlassungserlaubnis

Auflage

Zusatz zu einer Erlaubnis, einer Leistung oder sonst positiven Entscheidung, der der begünstigten Person ein bestimmtes Tun, Dulden oder Unterlassen vorschreibt

Verwandte Begriffe:

Negative Wohnsitzauflage / Wohlverhaltensklausel / Zuzugsstopp

Auflage (Strafrecht)

Anforderungen, deren Erfüllung Voraussetzung dafür ist, dass eine begünstigende

Entscheidung bestehen bleibt

Aufschiebende Wirkung

Hemmung der Vollziehbarkeit eines Verwaltungsakts durch Einlegung von Widerspruch oder Klage

Auskunftsersuchen

Antrag auf Auskunft über gespeicherte personenbezogene Daten bei Behörden

Aussonierungsprüffrist

Frist, nach deren Ablauf die Polizei die Notwendigkeit der Speicherung von Daten prüfen muss

Bannmeile

Räumlicher Schutzbereich (Bannkreis) um Versammlungen oder Parlamente

Beamtenstatusgesetz (BeamStG)

Gesetz, das die grundlegenden Rechte und Pflichten von Beamt*innen der Länder und Kommunen regelt

Beihilfe

Vorsätzliche Unterstützung einer anderen Person bei deren vorsätzlicher rechtswidriger Tat

Belastender Verwaltungsakt

Verwaltungsakt, der dem*der Adressat*in eine Pflicht auferlegt oder Rechte entzieht

Verwandte Begriffe:

Ablehnungsbescheid / Auflage / Kostenbescheid / Kürzungsbescheid /

Zuweisungsbescheid

Bescheid

Schriftliche Entscheidung einer Behörde, mit der sie einen Einzelfall verbindlich regelt

Verwandte Begriffe:

Verwaltungsakt

Beschlagnahme

Zwangsweise Sicherung eines Gegenstands durch eine Behörde

Besonderer Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 3 GG)

Verbot, Menschen wegen Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glaubens, religiöser oder politischer Anschauungen oder einer Behinderung zu benachteiligen oder zu bevorzugen

Verwandte Begriffe:

Diskriminierungsverbot (allgemein, nicht nur GG)

Bestellung (Gleichstellungsbeauftragte)

Offizielle Ernennung oder Einsetzung einer Person in das Amt der*des Gleichstellungsbeauftragten

Bestellung (Strafverteidiger*in, Vormund)

Förmliche Übertragung einer Aufgabe an eine bestimmte Person durch ein Gericht oder eine Behörde

Bestimmtheitsgebot

Rechtsstaatliche Pflicht, dass Gesetze und Auflagen klar und vorhersehbar formuliert sein müssen

Betriebs- v. Grundverhältnis

Unterscheidung im Schul-/Beamten*innenverhältnis bezüglich der Außenwirkung von Maßnahmen

Beutelsbacher Konsens

Fachlicher Standard für politische Bildung (Überwältigungsverbot, Kontroversität)

Verwandte Begriffe:

Kontroversitätsgebot / Schülerorientierung / Überwältigungsverbot

Beweislast

Regel welche Partei das Vorliegen von Tatsachen im Prozess beweisen muss

Beweismittel

Alles, was vor Gericht dazu genutzt werden kann, einen bestimmten Sachverhalt zu belegen (Zeug*innen, Sachverständige, Urkunden usw.)

Bildungs- und Erziehungsauftrag (Art. 7 Abs. 1 GG)

Staatliche Aufgabe der Schulen, verankert in Landesverfassung und Schulgesetz

Verwandte Begriffe:

Indoktrinationsverbot / Pädagogische Freiheit

Bodycams

Von Polizeikräften im Einsatz am Körper getragene Videokameras zur Aufzeichnung

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Zentrales deutsches Gesetzbuch für das Privatrecht

Bundesarbeitsgericht (BAG)

Oberstes deutsches Gericht, das über Verfahren im Arbeitsrecht entscheidet

Bundesgerichtshof (BGH)

Oberstes deutsches Gericht, das über Verfahren im Zivil- und Strafrecht entscheidet

Bundesgesetzgeber

Die Organe, die Bundesgesetze beschließen (Bundestag unter Mitwirkung des Bundesrats)

Verwandte Begriffe:

Bundesgesetz / Bundesrecht / Landesgesetzgeber

Bundesrecht / Bundesgesetz

Recht, das der Bund erlässt und das im gesamten Bundesgebiet gilt

Bundessozialgericht (BSG)

Oberstes deutsches Gericht, das über Verfahren im Sozialrecht entscheidet

Bundesverfassungsgericht (BVerfG)

Oberstes deutsches Gericht, das über die Einhaltung des Grundgesetzes entscheidet

Verwandte Begriffe:

Grundgesetz / Verfassung / Verfassungsbeschwerde

Bundesverwaltungsgericht (BVerwG)

Oberstes deutsches Gericht, das über Verfahren im Verwaltungsrecht entscheidet

Bundeszentralregister (BZR)

Zentrales Register für strafrechtliche Verurteilungen in Deutschland

D–F

Deckungsfähigkeit

Haushaltsrechtliche Zulässigkeit, Einsparungen bei einem Titel für Mehrausgaben eines anderen zu nutzen

Demokratieprinzip (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG)

Verfassungsgrundsatz, nach dem alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht und durch Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird

Dienstvergehen

Pflichtverletzung einer verbeamteten Person, die zu disziplinarischen Schritten führen kann

Direktionsrecht

Weisungsrecht der Arbeitgebenden bezüglich Arbeitsinhalt, -ort und -zeit

Diskriminierungsverbot (allgemein, nicht nur GG)

Verbot von Ungleichbehandlungen, die nicht gerechtfertigt werden können

Dispositionsfreiheit

Freiheit des*der Einzelnen, über seine*ihre Ansprüche oder ausgezahlten Mittel frei zu verfügen

Disziplinarmaßnahme

Dienstliche Sanktion gegen Beamt*innen (z. B. Verweis, Geldbuße, Kürzung der Dienstbezüge)

Disziplinarverfügung

Schriftliche Entscheidung der Dienstbehörde über eine Disziplinarmaßnahme

Dossier (im Dossierverfahren)

Sammelakte mit allen schriftlichen Unterlagen des Falls, auf deren Grundlage ohne mündliche Anhörung entschieden wird

Verwandte Begriffe:

Dossierverfahren

Dossierverfahren

Verfahren, bei dem allein auf Grundlage der vorliegenden schriftlichen Unterlagen entschieden wird, ohne mündliche Anhörung oder persönliche Vorstellung

Verwandte Begriffe:

Dossier

Dublin-Verfahren

Europäisches Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaates für ein Asylverfahren

Duldungsanspruch

Anspruch auf vorübergehende Aussetzung der Abschiebung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen

Eilrechtsschutz

Rascher und vorläufiger gerichtlicher Schutz, damit bis zur endgültigen Entscheidung keine unumkehrbaren Nachteile entstehen

Verwandte Begriffe:

Eilantrag / Eilverfahren / einstweilige Anordnung / einstweiliger Rechtsschutz /

vorläufiger Rechtsschutz

Eilverfahren

Rasches und vorläufiges Gerichtsverfahren, damit bis zur endgültigen Entscheidung keine unumkehrbaren Nachteile entstehen

Verwandte Begriffe:

Eilantrag / Eilrechtsschutz / einstweilige Anordnung / einstweiliger Rechtsschutz /

vorläufiger Rechtsschutz

Einfaches Gesetz / Einfachgesetzlich

Regelungen auf Ebene unterhalb der Verfassung (einfache Bundes- oder Landesgesetze)

Verwandte Begriffe:

Bundesgesetz / Landesgesetz / untergesetzlich / unterverfassungsrechtlich

Eingriff

Staatliches Handeln, das die Ausübung von Rechten erschwert, verkürzt oder unmöglich macht

Einschlägig

Eine Rechtsnorm, ein Grundrecht oder eine Zuständigkeit ist auf den Sachverhalt anwendbar

Einstellung (Strafverfahren)

Entscheidung, das Strafverfahren nicht weiter zu betreiben

Einstweilige Anordnung

Eilentscheidung des Gerichts zur Sicherung oder Regelung eines vorläufigen Zustands

Verwandte Begriffe:

Eilantrag / Eilrechtsschutz / Eilverfahren / einstweiliger Rechtsschutz / vorläufiger

Rechtsschutz

Einstweiliger Rechtsschutz

Rasche, vorläufige Entscheidung des Gerichts, damit bis zur endgültigen Entscheidung keine unumkehrbaren Nachteile entstehen

Verwandte Begriffe:

Eilantrag / Eilrechtsschutz / Eilverfahren / Einstweilige Anordnung /

vorläufiger Rechtsschutz

Einzelfallprüfung

Pflicht der Behörde, jeden Sachverhalt individuell und nicht nur pauschal zu prüfen

Einziehung

Entziehung von Gegenständen oder Vermögen, die aus einer Straftat stammen oder für sie verwendet wurden (z. B. Smartphones)

Elterliches Erziehungsrecht

Grundrechtlich geschütztes Recht der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen (Art. 6 GG)

Erforderlichkeit

Grundsatz, nach dem eine Maßnahme nur zulässig ist, wenn sie notwendig ist, um ein legitimes Ziel zu erreichen und es kein milderes, gleich wirksames Mittel gibt

Erkennungsdienstliche Behandlung

Erfassung biometrischer Daten (Fingerabdrücke, Fotos) durch die Polizei zur

Identitätsfeststellung

Erlass (ministerieller)

Behördeninterne Verwaltungsvorschrift

Verwandte Begriffe:

Richtlinie / Runderlass

Ermächtigungsgrundlage

Gesetzliche Vorschrift, die eine Behörde zum Eingriff in Rechte ermächtigt

Verwandte Begriffe:

Gesetzesvorbehalt / gesetzliche Ermächtigung / gesetzliche Grundlage / Rechtsgrundlage

Ermessen

Gesetzlich eingeräumter Entscheidungsspielraum der Behörde hinsichtlich der Rechtsfolge

Verwandte Begriffe:

Abwägungsspielraum / Ermessensspielraum / pflichtgemäßes Ermessen

Ermessenseinbürgerung

Einbürgerung, die im Ermessen der Behörde liegt, wenn kein Anspruch besteht (§ 8 StAG)

Ermessensfehler

Fehlerhafte Ausübung des Ermessens

Verwandte Begriffe:

Ermessensfehlgebrauch / Ermessensnichtgebrauch / Ermessensunterschreitung

/ Ermessensüberschreitung / sachfremde Erwägungen

Ermessensfehlgebrauch

Bei der Entscheidung nutzt die Behörde ihr Ermessen in einem Sinn, der nicht dem Gesetz entspricht

Verwandte Begriffe:

Ermessensfehler

Ermessensnichtgebrauch

Behörde nutzt das ihr zustehende Ermessen nicht

Verwandte Begriffe:

Ermessensfehler

Ermessensspielraum

Umfasst alle Entscheidungen, die die Behörde zulässigerweise treffen kann und zwischen denen sie sich anhand ihres Ermessens entscheiden muss

Verwandte Begriffe:

Ermessen

Ermessensunterschreitung

Fehler, bei dem die Behörde denkt, ihr Ermessensspielraum sei kleiner, als er tatsächlich ist

Verwandte Begriffe:

Ermessensfehler

Ermittlungsverfahren

Erster Abschnitt eines Strafverfahrens, in dem die Staatsanwaltschaft klärt, ob Anklage erhoben wird

Erstaufnahme / Erstaufnahmeeinrichtung

Ort oder Einrichtung, in der Asylsuchende nach ihrer Ankunft vorläufig untergebracht, registriert und auf weitere Verteilungsmöglichkeiten geprüft werden

EU-Aufnahmerichtlinie

Richtlinie der Europäischen Union, die Mindeststandards für die Aufnahme von Asylsuchenden in den Mitgliedstaaten festlegt

Verwandte Begriffe:

EU-Recht / Europarecht / Richtlinienrecht / Unionsrecht

EU-Richtlinien

Europäische Rechtsakte, die von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen sind

Verwandte Begriffe:

EU-Aufnahmerichtlinie / EU-Recht / Europarecht / Qualifikationsverordnung / Richtlinienrecht / Unionsrecht

Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Internationales Abkommen des Europarats, das grundlegende Menschen- und Bürgerrechte garantiert

Europäischer Gerichtshof (EuGH)

Gericht der Europäischen Union, das über die Auslegung und Anwendung des Europarechts entscheidet

Verwandte Begriffe:

Europarecht / Unionsrecht

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

Internationales Gericht, das über Beschwerden wegen Verletzungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) entscheidet und für alle Mitgliedstaaten verbindliche Urteile fällt

Verwandte Begriffe:

Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Europarecht / Unionsrecht

Das Recht der Europäischen Union

Feststellungsklage

Klage zur Feststellung des Bestehens eines Rechtsverhältnisses (z. B. bei Realakten)

Verwandte Begriffe:

Hauptsache

Formelle Rechtmäßigkeit (formell rechtmäßig)

Einhaltung von Zuständigkeit, Verfahren (z. B. Anhörung) und Form bei

Behördenentscheidungen

Verwandte Begriffe:

Zuständigkeit

Fortsetzungsfeststellungsklage

Klage, mit der man nachträglich feststellen lassen kann, dass eine (nun erledigte)

Maßnahme rechtswidrig war

Verwandte Begriffe:

Hauptsache

Freiheitsgrundrechte

Grundrechte, die Bürger*innen vor staatlichen Eingriffen schützen (z. B. Meinungs- oder Versammlungsfreiheit)

Freiwillige Leistung

Staatliche Förderung ohne gesetzliche Verpflichtung (z. B. Kulturförderung,

Integrationslots*innen)

Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben

Aufgaben, die eine Körperschaft der Selbstverwaltung (z. B. Gemeinde) ohne gesetzliche Verpflichtung übernehmen kann

Freizügigkeit (Art. 11 GG)

Grundrecht, sich im gesamten Bundesgebiet frei zu bewegen und niederzulassen

G–L

Gebot der parteipolitischen Neutralität (Art. 21 GG)

Grundsatz, nach dem staatliche Stellen im Wettbewerb der Parteien keine Partei ergreifen dürfen

Gebundene Entscheidung

Gesetzliche Vorgabe, bei der die Behörde bei Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen handeln muss, ohne dass ihr ein Ermessen zusteht

Gefahrenabwehr

Kernaufgabe der Polizei zur Verhütung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Gegendemonstration

Demonstration, die zeitlich und örtlich gezielt zu einer anderen Veranstaltung stattfindet, um deren Inhalt oder Botschaft öffentlich entgegenzutreten

Geldbuße

Verpflichtung, einen gewissen Geldbetrag zu bezahlen, etwa aus Gründen der Disziplinierung oder Ahndung von Rechtsbrüchen

Geltungsvorrang

Vorrang einer höherrangigen Vorschrift, die entgegenstehendes niederrangiges Recht unbeachtlich werden lässt

Gemeinnützigkeit

Steuerrechtliche Anerkennung von Körperschaften, die das Gemeinwohl fördern

Genfer Flüchtlingskonvention (GFK)

Internationales Abkommen, das festhält, wer als Flüchtling gilt und diesen Personen Schutz vor Verfolgung sowie bestimmte Mindestrechte zusichert

Gerichtlich durchsetzbare Rechtsposition

Subjektives Recht, das eine Person im Klageweg gerichtlich erzwingen kann

Gesetzesvorbehalt

Verfassungsmäßige Vorgabe, dass Eingriffe in Grundrechte einer gesetzlichen Grundlage bedürfen

Verwandte Begriffe:

Ermächtigungsgrundlage / gesetzliche Ermächtigung / gesetzliche Grundlage /

Rechtsgrundlage

Gesetzgeber

Staatsorgan, das befugt ist, Gesetze zu erlassen (bspw. Bundestag oder Landtag)

Gesetzgebungskompetenz

Verfassungsrechtliche Befugnis des Bundes oder der Länder, Gesetze zu erlassen

Gesetzliche Ermächtigung

Ein Gesetz, das der Verwaltung erlaubt, in bestimmten Fällen tätig zu werden und Rechte einzuschränken

Verwandte Begriffe:

Ermächtigungsgrundlage / Gesetzesvorbehalt / gesetzliche Grundlage / Rechtsgrundlage

Gesetzliche Grundlage

Das Gesetz, auf das sich die Behörde für ihr Handeln stützt

Verwandte Begriffe:

Ermächtigungsgrundlage / Gesetzesvorbehalt / Gesetzliche Ermächtigung /

Rechtsgrundlage

Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

Politischer Handlungsspielraum des Gesetzgebers bei der Ausgestaltung von

Verfassungsvorgaben

Verwandte Begriffe:

Gestaltungs- und Einschätzungsspielraum

Glaubens-, Gewissens- und Weltanschauungsfreiheit (Art. 4 GG)

Grundrecht, das die freie religiöse und weltanschauliche Überzeugung sowie deren Bekenntnis und Ausübung schützt

Gleichheitsauftrag / Gleichstellungsauftrag

Verfassungsrechtlicher Auftrag des Staates, die tatsächliche Gleichstellung zu fördern (Art. 3 Abs. 2 GG)

Grundgesetz (GG)

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland

Verwandte Begriffe:

Verfassung

Grundrechte

Im Grundgesetz und in den Landesverfassungen verankerte, wesentliche Rechte der Einzelnen gegenüber dem Staat

Grundversorgung (Rundfunk)

Verfassungsrechtlicher Auftrag, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk Information, Bildung und Unterhaltung für alle sicherstellt

Hauptsache (Entscheidung in der)

Entscheidung über den eigentlichen Streit – im Unterschied zu vorläufigen

Entscheidungen im Eilverfahren

Verwandte Begriffe:

Anfechtungsklage / Feststellungsklage / Fortsetzungsfeststellungsklage / Leistungsklage / Unterlassungsklage

Hausfriedensbruch

Strafbare Handlung des unbefugten Verbleibens oder Eindringens in befriedete

Besitztümer (§ 123 StGB)

Haushaltswirtschaftliche Sperre

Maßnahme, die bestimmte Ausgaben vorläufig blockiert, wegen etwa fehlender Mittel

Hausrecht

Befugnis, über den Zutritt und Verbleib von Personen in den eigenen Räumen zu entscheiden

Hausverbot

Konkrete Erklärung, mit der einer Person der Zutritt zu Räumlichkeiten untersagt wird

Hinreichender Tatverdacht

Nach Aktenlage ist eine strafrechtliche Verurteilung wahrscheinlicher als ein Freispruch
Hoheitsträger

Staatliche Stellen und Behörden, die öffentliche Gewalt ausüben

In dubio pro reo

Strafprozessualer Grundsatz: «Im Zweifel für den Angeklagten»

Inaugenscheinnahme (allgemein)

Beweiserhebung durch sinnliche Wahrnehmung eines Objekts oder einer Person

Inobhutnahme

Vorläufige Schutzmaßnahme des Jugendamts für Kinder und Jugendliche in Not

Inzident

Indirekte Prüfung einer eigentlich nicht unmittelbar angegriffenen Rechtsnorm im Rahmen eines Einzelverfahrens

Isolierte Anfechtungsklage

Eine Klage, die nur bestimmte Teile einer behördlichen Entscheidung angreift und die anderen bzw. zugrunde liegenden Teile unberührt lässt

Verwandte Begriffe:

Anfechtungsklage / Hauptsache

Jedermann-Grundrecht

Grundrecht, das jedem Menschen unabhängig von der Staatsangehörigkeit zusteht (z. B. Menschenwürde)

Kindeswohl

Leitprinzip im Familien- und Jugendrecht, das das Wohlergehen, die Entwicklung und die Interessen eines Kindes zum maßgeblichen Entscheidungskriterium macht

Klageerzwingungsverfahren

Gerichtliches Verfahren des Opfers zur Erzwingung einer Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft

Körperliche Unversehrtheit

Grundrechtlich geschütztes Recht auf physische und psychische Gesundheit (Art. 2 Abs. 2 GG)

Kollidierendes Verfassungsrecht

Das Zusammentreffen von zwei sich im konkreten Fall gegenüberstehenden Verfassungsgütern (bspw. Grundrechten, Staatszielbestimmungen usw.)

Verwandte Begriffe:

Verfassungsrecht

Konkrete Normenkontrolle

Vorlage eines Gesetzes durch ein Gericht an das Verfassungsgericht, weil das Gericht von der Verfassungswidrigkeit überzeugt ist

Verwandte Begriffe:

Antrag nach Art. 100 GG

Konnexitätsprinzip

Verfassungsprinzip: Wer eine Aufgabe anordnet, muss auch deren Finanzierung sichern

Kontrahierungszwang

Rechtliche Verpflichtung, einen Vertrag abzuschließen

Kostenbescheid

Belastender Verwaltungsakt zur Beitreibung entstandener Verwaltungskosten

Verwandte Begriffe:

belastender Verwaltungsakt / Verwaltungsakt

Kürzungsbescheid

Verwaltungsentscheidung, die eine staatliche Leistung ganz oder teilweise kürzt

Verwandte Begriffe:

belastender Verwaltungsakt / Verwaltungsakt

Kunstfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG)

Grundrecht, das die freie künstlerische Betätigung sowie das Herstellen, Verbreiten und Zurschaustellen von Kunstwerken schützt

Landesarbeitsgericht (LAG)

Gericht der zweiten Instanz, das über Verfahren im Arbeitsrecht in einem Bundesland entscheidet

Landesgesetzgeber

Landesparlament; das Organ, das nach der Landesverfassung befugt ist, Gesetze zu erlassen

Verwandte Begriffe:

Bundesgesetzgeber / Landesgesetz

Landesrecht / Landesgesetz

Ein Gesetz, das sich das Bundesland selbst gibt und nur dort gilt

Verwandte Begriffe:

Bundesgesetz / Landesgesetzgeber

Landesverfassungsbeschwerde

Rechtsbehelf zum Landesverfassungsgericht wegen Verletzung von Rechten, die sich aus der Landesverfassung ergeben

Verwandte Begriffe:

Verfassungsbeschwerde

Landesverfassungsgericht (LVerfG)

Oberstes Gericht eines Landes, das über die Einhaltung der Landesverfassung entscheidet

Verwandte Begriffe:

Verfassungsgerichtshof (Alternativbegriff in manchen Bundesländern)

Landgericht (LG)

Gericht der ersten oder zweiten Instanz, das über Verfahren im Zivil- und Strafrecht in einem Bundesland entscheidet

Legalitätsprinzip

Verpflichtung der Strafverfolgungsbehörden, bei Anfangsverdacht zwingend zu ermitteln
Leistungsklage

Klageart gerichtet auf Vornahme eines schlichten Verwaltungshandelns oder einer Auszahlung (kein Verwaltungsakt)

Verwandte Begriffe:

Hauptsache

M-R

Mäßigungsgebot

Zurückhaltungspflicht für verbeamtete Personen und Angestellte im öffentlichen Dienst bei politischer Betätigung

Verwandte Begriffe:

politische Mäßigungspflicht / Zurückhaltungspflicht

Massengeschäft

Verträge im Alltag, die typischerweise ohne Ansehen der Person geschlossen werden (§ 19 AGG)

Materielle Rechtmäßigkeit

Inhaltliche Übereinstimmung einer Behördenentscheidung mit den gesetzlichen Vorgaben

Meinungsfreiheit

Grundrecht, eine Meinung frei äußern und verbreiten zu dürfen (Art. 5 Abs. 1 GG)

Verwandte Begriffe:

Bekenntnis- und Meinungsfreiheit / negative Meinungsfreiheit

Menschenwürde

Oberster Verfassungswert (Art. 1 Abs. 1 GG), der jegliche Relativierung verbietet

Menschenwürdiges Existenzminimum

Grundrechtlich geschütztes Mindestmaß an materieller und soziokultureller Teilhabe

Mittelbare Diskriminierung

Scheinbar neutrale Regelungen, die bestimmte Gruppen faktisch schlechterstellen (z. B. Sprachauflagen)

Verwandte Begriffe:

Mittelbare Benachteiligung

Möglichkeit der Verletzung in eigenen Rechten

Voraussetzung für die Klagebefugnis vor dem Verwaltungsgericht (§ 42 Abs. 2 VwGO)

Nebenklage

Beteiligungsform des Opfers am Strafverfahren mit eigenen Rechten

Negative Meinungsfreiheit

Grundrecht, das schützt, nicht gezwungen zu werden, eine bestimmte Meinung zu äußern oder sich zu einer Aussage zu bekennen (Art. 5 Abs. 1 GG)

Verwandte Begriffe:

Meinungsfreiheit

Negative Wohnsitzauflage

Auflage im Aufenthaltsrecht, die einer Person verbietet, ihren Wohnsitz in bestimmten Gemeinden oder Landkreisen zu nehmen

Neutralitätsgebot

Verpflichtung des Staates zur Offenheit und Toleranz gegenüber verschiedenen politischen Meinungen

Niederlassungserlaubnis

Unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland, dessen Erteilung an bestimmte Voraussetzungen geknüpft ist

Verwandte Begriffe:

Aufenthaltsberechtigung / Aufenthaltserlaubnis / Aufenthaltstitel

Normenkontrollverfahren

Verfahren vor dem Obergerverwaltungsgericht zur Prüfung von Rechtsnormen unabhängig von einem konkreten Einzelfall

Notwehrrecht

Das Recht, einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff auf sich oder andere mit den erforderlichen und gebotenen Mitteln abzuwehren

Notwendige Verteidigung

Gesetzlich vorgeschriebene Verteidigung in bestimmten (meist schweren) Fällen

Verwandte Begriffe:

*beigeordnete*r Verteidiger*in / Pflichtverteidigung / Pflichtverteidigerbestellung*

Oberlandesgericht (OLG)

Gericht der zweiten oder dritten Instanz für Verfahren aus dem Zivil- und Strafrecht in einem Bundesland

Obergerverwaltungsgericht (OVG)

Gericht der zweiten Instanz für Verfahren aus dem Verwaltungsrecht in einem Bundesland

Verwandte Begriffe:

Verwaltungshof (Synonym in Baden-Württemberg)

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Schutzgut des Polizeirechts (Unversehrtheit der Rechtsordnung, Grundrechte, öffentliche Einrichtungen)

Öffentliche Versammlung

Zusammenkunft mehrerer Personen zu einem gemeinschaftlichen, kommunikativen Zweck

Öffnungsklausel

Gesetzliche Bestimmung, die Ausnahmen oder länderspezifische Abweichungen zulässt

Pädagogische Freiheit

Recht von Lehrkräften, Unterrichtsinhalte und -methoden im Rahmen der Lehrpläne eigenverantwortlich zu gestalten

Pflichtaufgabe des eigenen Wirkungskreises

Gesetzliche Aufgabe der Kommunen, die sie in eigener Verantwortung ausführen müssen

Pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe

Aufgabe, die eine Körperschaft der Selbstverwaltung (z. B. Gemeinde) gesetzlich zwingend zu erfüllen hat

Pflichtverteidigung

Vom Gericht bestellter Rechtsbeistand im Falle der notwendigen Verteidigung

Privatklage

Klage zur Strafverfolgung, die das Opfer selbst betreiben muss

Privatrecht / Zivilrecht

Der Teil des Rechts, der das Verhältnis zwischen Privatpersonen regelt (bspw. Mietrecht, Kaufrecht, Arbeitsrecht usw.)

Verwandte Begriffe:

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Prozessfähigkeit

Fähigkeit, Prozesshandlungen selbst oder durch Vertreter*innen wirksam vorzunehmen

Prozesskostenhilfe

Staatliche (Teil-)Übernahme der Gerichtskosten für Menschen mit geringem Einkommen, die unter Umständen (teilweise) zurückgezahlt werden muss

Prüffristen

Gesetzliche Fristen zur Überprüfung der Berechtigung einer Datenspeicherung

Qualifikationsverordnung

Rechtsverordnung, die festlegt, welche beruflichen oder fachlichen Qualifikationen für bestimmte Tätigkeiten, Förderungen oder Anerkennungsverfahren erforderlich sind

Realakt

Schlichtes Verwaltungshandeln ohne Regelungswirkung (z. B. polizeiliche Auskünfte)

Verwandte Begriffe:

Schlichtes Verwaltungshandeln

Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG)

Grundrecht, das jeder Person erlaubt, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten

Recht auf schulische Bildung (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 7 Abs. 1 GG)

Grundrecht, das den Zugang zu schulischer Bildung sichert

Rechtfertigung (Strafrecht)

Grund, aus dem eine an sich strafbare Handlung ausnahmsweise erlaubt ist (bspw. Notwehr)

Rechtfertigung (Verwaltungsrecht)

Grund, aus dem ein staatlicher Eingriff ausnahmsweise rechtmäßig ist

Rechtmäßigkeit (rechtmäßig)

Übereinstimmung eines staatlichen Handelns mit Recht und Gesetz

Rechtsaufsicht

Staatliche Aufsicht, die sicherstellt, dass Körperschaften und öffentliche Einrichtungen ihre Aufgaben im Rahmen der Gesetze erfüllen, ohne in ihre Selbstverwaltung einzugreifen

Verwandte Begriffe:

Selbstverwaltungsaufgabe

Rechtsbehelf

Oberbegriff für alle rechtlichen Möglichkeiten, sich gegen eine Entscheidung zu wehren (bspw. Klage, Widerspruch usw.)

Verwandte Begriffe:

Rechtsbehelfsbelehrung

Rechtsbehelfsbelehrung

Verpflichtender Hinweis auf einem Bescheid, der über Frist, Form und Stelle des zulässigen Rechtsbehelfs aufklärt

Verwandte Begriffe:

Rechtsbehelf

Rechtsfehlerhaft

Eine Behördenentscheidung weist Fehler bei der Sachverhaltsermittlung oder Rechtsanwendung auf

Rechtsgrundlage

Die Vorschrift, auf die sich die Behörde für ihr Handeln stützt

Verwandte Begriffe:

Ermächtigungsgrundlage / Gesetzesvorbehalt / Gesetzliche Ermächtigung / gesetzliche Grundlage

Rechtsgüter

Durch das Recht geschützte Werte und Interessen (z. B. Leben, Freiheit, Eigentum)

Rechtsmissbrauch

Das Nutzen von Regelungen in einer Weise oder zu einem Zweck, die nicht vorgesehen sind

Verwandte Begriffe:

Rechtsmissbräuchlich

Rechtsprechung

Die Gesamtheit der gerichtlichen Entscheidungen, die das ausgelegte und angewendete Recht in der Praxis konkretisieren und fortbilden

Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 3 GG)

Verfassungsgrundsatz, wonach staatliches Handeln an Recht und Gesetz gebunden ist und Menschen vor staatlicher Willkür schützt

Rechtsverordnung

Von Regierungen oder Behörden erlassene Rechtsnormen unterhalb des Gesetzesrangs

Rechtswidrigkeit (rechtswidrig)

Zustand, in dem eine Handlung, Entscheidung oder Norm gegen geltendes Recht verstößt und deshalb vom Recht nicht gedeckt ist

Regelleistung

Pauschaler Geldbetrag zur Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts

Remonstration

Pflicht der Beamt*innen, Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit einer Weisung intern geltend zu machen

Richterliche Anordnung

Gerichtlich erlassene Anordnung (z. B. Durchsuchungsbeschluss), die den jeweiligen Eingriff legitimiert

Richtlinie

Vorgabe einer übergeordneten Stelle, die regelt, wie in bestimmten Fällen einheitlich zu

verfahren ist

Verwandte Begriffe:

Ministerieller Erlass / Verwaltungsvorschrift

Rücknahme

Aufhebung einer rechtswidrigen Entscheidung durch die Behörde (§ 48 VwVfG)

Runderlass

Ministerielle Verwaltungsvorschrift zur einheitlichen Rechtsanwendung in nachgeordneten Behörden

Verwandte Begriffe:

Ministerieller Erlass / Richtlinie / Verwaltungsvorschrift

Rundfunkfreiheit

Grundrechtlich geschütztes Recht auf unabhängige Rundfunkberichterstattung (Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG)

S–Z

Sachfremde Erwägungen

Ermessensfehler, bei dem sich die Behörde von gesetzlich nicht vorgesehenen Motiven leiten lässt

Verwandte Begriffe:

Ermessensfehler

Sachgrund / sachlicher Grund

Rechtfertigungsgrund für eine Ungleichbehandlung zur Vermeidung von Willkür

Schlichtes Verwaltungshandeln

Handeln der Verwaltung ohne rechtliche Regelungswirkung

Verwandte Begriffe:

Realakt

Schöffengericht

Strafgericht des Amtsgerichts, besetzt mit einem*r Berufsrichter*in und zwei ehrenamtlichen Schöff*innen

Verwandte Begriffe:

Spruchkörper / Strafkammer

Schulgesetz Sachsen-Anhalt (SchulG LSA)

Landesgesetz, das die Organisation des Schulwesens sowie die Rechte und Pflichten von Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften in Sachsen-Anhalt regelt

Schutz von Ehe und Familie

Grundrecht, das Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt und Diskriminierung oder Benachteiligung gegenüber anderen Lebensformen verbietet (Art. 6 GG)

Selbstbindung der Verwaltung

Verpflichtung zur Gleichbehandlung bei ständiger Vergabep Praxis freiwilliger Leistungen
Selbstverwaltungsaufgabe

Kommunale Aufgaben, die in eigener Verantwortung geregelt werden

SGB VIII (Achstes Sozialgesetzbuch)

Gesetz, das die staatliche Unterstützung und Förderung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien regelt

Sicherstellung (Strafrecht)

Inbesitznahme einer Sache durch die Polizei bei freiwilliger Herausgabe

Sofortige Vollziehung

Behördliche Anordnung, die dazu führt, dass Widerspruch und Klage die Vollziehung ausnahmsweise nicht verhindern

Verwandte Begriffe:

Ausschluss der aufschiebenden Wirkung / Sofortige Vollziehbarkeit / § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO

Sozialgericht (SG)

Gericht der ersten Instanz, das über Verfahren im Sozialrecht in einem Bundesland entscheidet

Spruchkörper

Gruppe von Richter*innen am Gericht, die im konkreten Fall eine Entscheidung treffen (z. B. Kammer, Senat)

Verwandte Begriffe:

Schöffengericht / Strafkammer

Staatsvertrag

Vertrag zwischen Bundesländern (oder Bund und Ländern) zur Regelung länderübergreifender Angelegenheiten (z. B. Rundfunk)

Staatsziel

Verfassungsnorm, die dem Staat ein bestimmtes Ziel vorgibt

Ständige Rechtsprechung

Über einen längeren Zeitraum einheitlich vertretene Rechtsauffassung der Gerichte

Strafantrag

Formelles Verlangen des Opfers, eine strafrechtliche Verfolgung bei Antragsdelikten zu betreiben

Verwandte Begriffe:

Antragsberechtigung / Antragsdelikt

Strafanzeige

Mitteilung eines strafrechtlich relevanten Sachverhalts an die Ermittlungsbehörden

Verwandte Begriffe:

Anzeige / Erstattung einer Strafanzeige

Strafprozessordnung (StPO)

Gesetz, das den Ablauf des Strafverfahrens von der Ermittlung bis zum Urteil regelt

Strafrechtlicher Rechtmäßigkeitsbegriff

Maßstab im Strafrecht, der bestimmt, wann eine Handlung nicht rechtswidrig ist, weil sie ausnahmsweise ausdrücklich erlaubt oder gerechtfertigt wird (z. B. bei Notwehr, Einwilligung)

Verwandte Begriffe:

Notwehrrecht

Subjektives Recht / subjektiv-öffentliches Recht

Recht, das einer einzelnen Person zusteht und notfalls gerichtlich durchgesetzt werden kann

Subsidiaritätsprinzip

Grundsatz, dass staatliche oder übergeordnete Stellen nur dann tätig werden sollen, wenn niedrigrschwelligere Ebenen (z. B. freie Träger) eine Aufgabe nicht selbst wirksam erfüllen können

Verwandte Begriffe:

Subsidiär

Tatbestand

Gesamtheit der gesetzlichen Voraussetzungen, die für den Eintritt einer Rechtsfolge vorliegen müssen

Trägerautonomie

Selbstbestimmungsrecht freier und gemeinnütziger Träger in der Zivilgesellschaft

Umsetzung

Andere Aufgabenwahrnehmung innerhalb derselben Behörde

Verwandte Begriffe:

Versetzung

UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)

Internationales Übereinkommen der Vereinten Nationen, das die Rechte von Menschen mit Behinderungen schützt

UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK)

Internationales Übereinkommen der Vereinten Nationen, das Kindern weltweit besondere Rechte garantiert

Unbestimmter Rechtsbegriff

Auslegungsbedürftiger gesetzlicher Begriff (gerichtlich meist voll überprüfbar)

Untätigkeitsklage

Möglichkeit, bei ausbleibender Behördenentscheidung dem Gericht die Sache dennoch vorzulegen

Verwandte Begriffe:

Hauptsache / Verpflichtungsklage

Unterdeckung

Zustand, in dem die vorhandenen Mittel den tatsächlichen oder rechtlich notwendigen Bedarf nicht decken

Untergesetzlich

Unterhalb des Gesetzes stehend – Regelungen, die nicht vom Parlament stammen, aber dennoch verbindlich sein können (bspw. Verordnungen oder Satzungen)

Unterlassungsklage

Klage mit dem Ziel, dass ein bestimmtes Verhalten künftig unterlassen wird

Verwandte Begriffe:

Hauptsache / Verpflichtungsklage

Unverhältnismäßigkeit / (unverhältnismäßig)

Bezeichnung für eine Maßnahme, die in einem unangemessenen Verhältnis zu ihrem Zweck steht oder über das erforderliche Maß hinausgeht

Unverletzlichkeit der Wohnung

Grundrechtlich geschützter Schutzbereich privater Wohnungen vor staatlichen Eingriffen (Art. 13 GG)

Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG)

Grundrecht, Vereine oder Gesellschaften zu gründen und ihnen beizutreten

Verfassung

Grundlegendes Regelwerk des Staates, das Aufbau und Struktur festschreibt sowie grundlegende Rechte der Bürger*innen schützt (in Deutschland: Grundgesetz)

Verwandte Begriffe:

Grundgesetz

Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt (LSAVerf)

Grundlegendes Regelwerk des Landes Sachsen-Anhalt, das dessen staatliche Ordnung und grundlegende Rechte festlegt

Verfassungsbeschwerde

Rechtsbehelf zum Bundesverfassungsgericht wegen Verletzung von Grundrechten

Verwandte Begriffe:

Individualverfassungsbeschwerde / Landesverfassungsbeschwerde

Verfassungsgut

Rechte, Werte, Verpflichtungen, die sich aus dem Grundgesetz oder einer Landesverfassung ergeben

Verfassungsprinzip

Grundlegender Leitgedanke der Verfassung, an dem sich das staatliche Handeln ausrichten muss (bspw. Demokratie- oder Rechtsstaatsprinzip)

Verfassungsrang

Rechtsnormen oder Grundwerte, die in der Verfassung (Grundgesetz oder Landesverfassung) stehen

Verfassungsrecht (verfassungsrechtlich)

Das gesamte Verfassungsrecht des Bundes (Grundgesetz) und der Länder

Verfassungswidrigkeit (verfassungswidrig)

Eigenschaft einer Rechtsnorm oder staatlichen Handlung, die gegen die Verfassung

verstößt und daher unwirksam ist

Verwandte Begriffe:

Grundgesetz / Verfassung

Verhältnismäßigkeit

Grundsatz, dass jede staatliche Maßnahme einen legitimen Zweck verfolgen sowie geeignet, erforderlich und angemessen sein muss

Verwandte Begriffe:

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit / verhältnismäßig / Verhältnismäßigkeitsprüfung

Verhinderungsversammlung

Versammlung, die nicht primär der eigenen Meinungsäußerung dient, sondern darauf abzielt, eine andere Veranstaltung physisch zu blockieren oder zu verhindern

Verpflichtungsklage

Klage vor dem Verwaltungsgericht auf Erlass eines abgelehnten oder unterlassenen Verwaltungsakts

Verwandte Begriffe:

Hauptsache / Untätigkeitsklage / Verpflichtung zur Neubescheidung

Versammlung (i.S.d. Versammlungsgesetzes)

Zusammenkunft mehrerer Personen zur gemeinsamen Meinungsbildung oder -äußerung in einer öffentlichen Angelegenheit

Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG / Art. 12 LSAVerf)

Grundrechtlich geschütztes Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln

Verwandte Begriffe:

Erstanmeldeprinzip / Gegendemonstration / Verhinderungsversammlung

Versammlungsgesetz (VersammlG / VersammlG LSA)

Gesetz, das die Durchführung von Versammlungen sowie die Voraussetzungen für ihre Beschränkung oder ihr Verbot regelt

Versammlungsrechtliche Auflage

Beschränkungen für eine Versammlung

Verwandte Begriffe:

belastender Verwaltungsakt / Fremdsprachenverbot / Sprachauflage / Verwaltungsakt

Versetzung

Versetzung eines*r Beamt*in in eine andere Behörde

Verwandte Begriffe:

Umsetzung

Vertrauensschutz

Rechtsstaatlicher Grundsatz, der Bürger*innen vor willkürlichem Entzug bereits gewährter Rechte schützt

Verwaltungsakt

Hoheitliche Maßnahme einer Behörde, die auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts eine verbindliche Regelung trifft und gegenüber einer bestimmten Person oder Sache wirkt
Verwaltungsgericht (VG)

Gericht der ersten Instanz, das über Verfahren im Verwaltungsrecht in einem Bundesland entscheidet

Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)

Gesetz, das den Ablauf von Verfahren vor den Verwaltungsgerichten regelt

Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG / VwVfG LSA)

Gesetz, das die allgemeinen Regeln für das Verwaltungsverfahren und den Erlass von Bescheiden festlegt

Verwaltungsvorschrift

Verwaltungsinterne Regelung, die festlegen soll, wie Behörden Gesetze anwenden

Verwandte Begriffe:

Ministerieller Erlass / Richtlinie / Runderlass

Verwerfungsmonopol

Ausschließliche Befugnis der Verfassungsgerichte, Parlamentsgesetze für verfassungswidrig zu erklären

Völkerrecht

Der Teil des Rechts, der die rechtlichen Verhältnisse von Staaten und internationalen Organisationen regelt

Verwandte Begriffe:

Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) / Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) / UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) / UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK)

Vollerhebung

Vollständige Untersuchung, bei der die gesamte Gruppe überprüft wird und nicht nur eine Stichprobe

Vollziehbarkeit

Eigenschaft eines Verwaltungsakts, dass die behördlich angeordnete Pflicht durchgesetzt werden darf

Von Amts wegen

Eine Behörde oder ein Gericht wird tätig, ohne dass jemand einen Antrag stellen muss

Vorbeugend

Vorausschauend handeln, um etwas zu verhindern oder Risiken zu minimieren

Weisung

Verbindliche Handlungsanweisung einer vorgesetzten Stelle oder Behörde an nachgeordnete Stellen oder Beschäftigte

Verwandte Begriffe:

Weisungsrecht / Weisungsgebundenheit

Weisungsrecht

Befugnis einer vorgesetzten Stelle, nachgeordneten Organen verbindliche Vorgaben zu machen (z. B. Ministerium an Staatsanwaltschaft)

Verwandte Begriffe:

Weisung / Weisungsgebundenheit

Wesensgehaltsgarantie

Verfassungsmäßige Grenze: Grundrechte dürfen in ihrem Kerngehalt nicht angetastet werden (Art. 19 Abs. 2 GG)

Wesentlichkeitstheorie

Pflicht des Parlaments, wesentliche grundrechtsrelevante Entscheidungen im Gesetz selbst zu regeln

Widerruf

Nachträgliche Aufhebung eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsakts (§ 49 VwVfG)

Verwandte Begriffe:

Widerrufsbescheid

Widerspruch

Förmlicher Rechtsbehelf gegen einen Verwaltungsakt zur Einleitung des Vorverfahrens (§ 69 VwGO)

Verwandte Begriffe:

Vorverfahren / Widerspruchsschreiben / Widerspruchsverfahren

Widerspruchsverfahren / Vorverfahren

Überprüfung einer Behördenentscheidung durch die Verwaltung selbst, bevor die Sache dann zu Gericht gegeben werden kann (§§ 68 ff. VwGO)

Verwandte Begriffe:

Widerspruch / Widerspruchsschreiben

Wohlverhaltensklausel

Nebenbestimmung bei Förderungen, die ein bestimmtes Verhalten verlangt

Zuweisungsbescheid

Entscheidung der Verwaltung, die bestimmt, an welchem Ort oder in welcher Einrichtung eine Person leben oder arbeiten soll

Verwandte Begriffe:

Belastender Verwaltungsakt / Verwaltungsakt

Zuwendung

Staatliche Geldleistung (Förderung) an Stellen außerhalb der Bundes- oder Landesverwaltung

Zuzugsstopp

Verwaltungsmaßnahme, die den Zuzug von Personen in eine bestimmte Gemeinde oder Region vorübergehend untersagt

Zwangsarbeit

Grundrechtlich verbotene Form erzwungener Arbeit (Art. 12 Abs. 3 GG, Art. 4 EMRK)

Zwangsgeld

Beugemittel des Verwaltungszwangs zur Durchsetzung von Pflichten

